

## **Wie können wir Bildung in Zukunft gestalten?**

*Am 17. April veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der ICRA-Stiftung das mittlerweile 28. Seminar aus der Reihe „Warschauer Debatten zur Sozialpolitik“. Rund zwanzig Expert\_innen aus zahlreichen Bereichen des Bildungssektors kamen in Warschau zusammen, um über die verschiedenen Bildungsreformen in Polen zu diskutieren. Als Panelist\_innen waren diesmal Dorota Obiniak, Vorsitzende der Gewerkschaft der polnischen Lehrervereinigung und Przemysław Sadura, Soziologe und Dozent an der Universität Warschau eingeladen.*

Zum Einstieg in die Debatte über die neusten Veränderungen in der Bildungspolitik, ist es wichtig auch die historische Transformation des Bildungssystems in Polen im Blick zu behalten. Dabei spielten besonders zwei Reformen eine große Rolle. Zur Jahrtausendwende wurde das bis dahin zweigliedrige polnische Schulsystem mit der Einführung der Mittelstufe (*Gimnazjum*) dreigliedrig. Dabei stellte sich das Schulsystem wie folgt dar: Nach sechs Jahren Grundschule, folgte die dreijährige Mittelschule, anschließend daran folgte entweder eine dreijährige Oberschule (*liceum*) oder eine Berufsschule. Die zweite grundlegende Schulreform aus dem Jahr 2009 senkte das Einschulungsalter von sieben auf sechs Jahre. Zum Vergleich, das Durchschnittseintrittsalter für Grundschüler\_innen in der EU liegt zwischen fünf und sechs Jahren. 2017 setzte die rechtskonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) neue Bildungsreformen um, welche eine Abkehr vom bisherigen Bildungssystem symbolisieren und eine Rückkehr zu den Strukturen in der Volksrepublik Polen darstellten. Dies bedeutete, dass das Einschulungsalter für Grundschüler\_innen wieder auf sieben Jahre erhöht wurde und die Mittelstufe zu Gunsten einer achtjährigen Grundschule gänzlich abgeschafft wurde. Bildungsexpert\_innen stehen diesen neuen Reformen der PiS skeptisch gegenüber und fürchten eine Verschlechterung des Bildungsstandards in Polen. Zur Orientierung: Polen belegt bei den jährlichen Rankings der PISA-Studien regelmäßig einen der ersten zwanzig Plätze. Zu Beginn der Veranstaltung wies die Moderatorin **Dorota**

**Szelewa**, von der ICRA-Stiftung, die Teilnehmer\_innen auf die neuesten Entwicklungen im Bildungssektor hin. Dabei betonte sie die Bedeutung einer Debatte, in der nicht nur die theoretischen Aspekte des Themas besprochen werden, sondern auch eine realpolitische Beurteilung der Bildungsreformen und ihrer Akzeptanz bei den Bürger\_innen Polens stattfindet.



**Dorota Obiniak** von der Gewerkschaft der polnischen Lehrervereinigung (ZNP) ist von der Notwendigkeit von Systemtransformationen besonderes im Bildungssektor überzeugt. In sämtlichen Industriestaaten habe es in den letzten zehn Jahren Bildungsreformen gegeben. Zweck dieser Bildungsreformen sei es gewesen, vor allem die Schüler\_innen auf die Anforderungen und Herausforderungen, welche mit der Globalisierung und Digitalisierung einhergehen, vorzubereiten. Doch Schule diene nicht nur zur Vorbereitung auf den späteren Arbeitsmarkt, sondern auch zur Charakterbildung und Erziehung von Schüler\_innen zu mündigen Bürger\_innen. Zusätzlich sieht Obiniak aber auch bei den Eltern die Aufgabe, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Der Bildungsgewerkschafterin zufolge liege die fehlende Akzeptanz der Reformen von 1999 und 2009 in der Überforderung der Eltern begründet, die mit den ständigen Veränderungen der institutionellen Ordnung, andauernden Evaluationen und fortwährend neuen Lerninhalten nicht Schritt halten können würden.



Der Soziologe **Przemysław Sadura**, der sich im Speziellen mit dem Klassenbegriff beschäftigt, sieht die Aufgabe von Bildung vor allem in der Förderung von Chancengleichheit. „Schule prägt unserer Kinder“ und trage somit die Verantwortung, Kinder und Eltern nicht zu überfordern, sondern in Bildungsprozesse zu integrieren. Die Vereinbarkeit der Schulzeiten der Kinder mit den Arbeitszeiten der Eltern ist dabei ein wichtiger Faktor. Sadura identifizierte dabei ein Muster, welches häufig zu Ablehnung von Schulreformen in Polen geführt habe. So seien Reformen immer erst in einem kleinen, abgeschiedenen Expertenkreis diskutiert und dort auch entschieden worden. Diese Reformen seien dann weder von der Arbeiterklasse noch dem Mittelstand mitgetragen worden und es seien Bürgerinitiativen entstanden, die sich vehement gegen neue Schulreformen einsetzen würden. Grund hierfür sei nicht zuletzt eine fehlerhafte Kommunikationsstrategie seitens der Politik. Eine breite öffentliche Debatte über Schulreformen finde in Polen, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, nicht statt. Etwas, was in anderen Staaten über Jahrzehnte in der Öffentlichkeit diskutiert und erläutert werden würde, werde in Polen in wenigen Wochen mittels eines Top-down-Prozesses eingeführt. Diese Vorgehensweise führe zu Misstrauen und Unverständnis und biete so den Nährboden für populistische Bürgerinitiativen wie „Rettet unsere Kinder (Ratuj

Maluchy).<sup>1</sup> Besonders Bürger\_innen der Arbeiterklasse, die mit der Institution „Schule“ schlechte Erfahrungen und Assoziationen verbinde, sei anfällig für solche Bürgerbewegungen. Paradoxerweise würden jedoch besonders die Kinder der Arbeiterklasse von der Förderung der Chancengleichheit profitieren, welche nach Sadura nur mit einem früheren Schuleintrittsalter und einem längeren Schulalltag gelingen könne.

Doch wie kann man diesen Teufelskreis durchbrechen? Die Expert\_innen der Diskussionsrunde identifizierten eine Reihe von Lösungsansätzen. So setzt ein Ansatz direkt bei den Lehrer\_innen an. Nach dem Leitspruch „ein guter Lehrer, kann auch in einer Scheune unterrichten“ solle der Fokus demnach auf lokale Führungskräfte gelegt werden, welche nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern von der Qualität des Unterrichts überzeugen sollen. Der schlechte Ruf von Schulen in ländlichen Gebieten könne so nach und nach verbessert werden. Die Erfahrungen der in der Verwaltung tätigen Expert\_innen zeige, dass dies keine leichte Aufgabe sei, da insbesondere in den Regionen, die schon während der 1970er Jahre schlechte Erfahrungen mit Dorfschulen gemacht hätten, das Misstrauen gegenüber der Schule tief sitze. Ein anderer Aspekt der Debatte betraf die Politisierung des Bildungssektors. Schulen dürften nicht mehr als Arena der Auseinandersetzungen zwischen politischen Parteien dienen. Bildungspolitik müsse gemeinsam, langfristige und parteiübergreifend gestaltet werden. Ständige neue Reformen, die vorübergehende gesellschaftliche Stimmungslagen aufgriffen, müssten vermieden werden. Ein weiterer Lösungsansatz liege in der Verbesserung des „Images“ der Institution Schule. Schule solle ein Ort sein, an dem Kinder und Lehrer\_innen gerne lernen und lehren. Auch *Soft Skills* sollten ins Lehrprogramm aufgenommen werden und mehr Zeit für Freizeitaktivitäten, welche Teamwork und soziales Verhalten fördern, eingeräumt werden. Laut Sadura dürfe die Kooperation der Eltern mit der Schule jedoch nicht erzwungen werden. Wie dies funktionieren könne, sehe man bei polnischen Familien im Ausland. Diese hätten in der Regel kaum Vorbehalte gegenüber neuen Schulreformen.



---

<sup>1</sup> „Ratuj Maluchy“ ist eine von Tomasz Elbanowski und seiner Frau ins Leben gerufene Bürgerinitiative, die sich gegen die Einschulung von Sechsjährigen richtet. Zweitweise haben bis zu 1 Millionen Bürger\_innen seinen Gesetzesänderungsvorschlag, das Einschulungsalter der Grundschüler wieder anzuheben, unterschrieben.